

# Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden  
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 6 Mark

Nr. 20. Charlottenburg, Freitag, den 20. Mai 1921. 48. Jahrg.

## Auf dem Wege zum Arbeitstarifgesetz.

Das Verhältnis zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeitnehmer regelt der Arbeitsvertrag, der, ursprünglich zwischen Unternehmer und jedem einzelnen in seinem Betriebe beschäftigten Arbeiter vereinbart, mit der Entwicklung des Tarifvertragswesens immer mehr und mehr durch den Kollektivvertrag abgelöst wurde.

Der Abschluß des Einzelvertrages war ursprünglich eine Frage der wirtschaftlichen Stärke: der wirtschaftlich stärkere Unternehmer diktierte dem wirtschaftlich schwächeren Arbeiter die Lohn- und Arbeitsbedingungen, er zwang ihm den Arbeitsvertrag auf, unter dem der Arbeiter für den Unternehmer zu arbeiten hatte. Infolge der wirtschaftlichen Schwäche kam der „freie“ Arbeiter in die Abhängigkeit und Knechtschaft des Unternehmers, die den Arbeiter aus dem „freien Spiel der Kräfte“ ausschaltete, auf sich der Liberalismus so schrecklich viel zugute tat. Das erst anders geworden mit dem Entstehen und Erstarken der Gewerkschaftsbewegung und durch die Heranbildung und Anwendung gewerkschaftlicher Kampfmittel, besonders des Streiks. Durch die Gewerkschaften sind die Arbeiter immer mehr zu bestimmenden Faktoren bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen geworden, eine Entwicklung, die immer zur Ablösung des Einzelvertrages durch den kollektiven Tarifvertrag geführt hat.

Durch den Tarifvertrag ist die Stellung des Arbeiters im Wirtschaftsleben wesentlich gesichert und gefestigt worden. An die Stelle des einzelnen vertragschließenden Arbeiters trat seine Gewerkschaft, die einen gemeinsamen Vertrag für eine ganze Arbeitergruppe vereinbarte. Der einzelne Arbeiter schaltet auch die Wahrung seiner Rechte aus dem Tarifvertrage aus; die Bestimmungen der in diesem festgesetzten Arbeitsbedingungen verzichtet die Gewerkschaft, so daß sich der Arbeiter dem Unternehmer gegenüber nicht bloßzustellen braucht, wodurch er in dem Maße als früher gegen Maßregelungen gesichert ist. Der tarifbrüchige Unternehmer muß sich vor den tariflichen Friedensgerichten verantworten, in denen Fachleute von beiden Seiten sitzen; schon dieser Umstand hält manchen unzuverlässigen Unternehmer von Tarifbrüchen zurück. Die wirtschaftliche Existenz des Arbeiters wird um so gesicherter sein, je stärker die Gewerkschaft ist, von der der Tarifvertrag getragen wird. Der Tarifvertrag stellt diese Existenz zum ersten Male auf eine verhältnismäßig gesicherte Grundlage; er verschafft dem Arbeiter durch seine den Tarifvertrag abschließende Gewerkschaft mittelbaren mitbestimmenden Einfluß auf die Gestaltung des Arbeitsvertrages.

Während der gewerkschaftliche Kampf geführt wird, um Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu heben und zu halten, ist der Arbeiterbestimmend im Betriebe zu werden und die absolute Herrschaft des Unternehmers zu brechen, hat der Tarifvertrag den Zweck, das Errungene für eine bestimmte Zeit zu sichern und tarifvertragsmäßig festzulegen. Er enthält das Mindestmaß dessen, was den Arbeitern zu gewähren ist, und bedeutet die unabweisliche Anerkennung ihres Mitbestimmungsrechtes in allen von ihm erfaßten Punkten durch die Unternehmer. Er bedeutet die Abschaltung oder gar Beseitigung des Privatunternehmertums, wohl aber wenigstens eine Einschränkung der selbstherrlichen Macht. Die Grenzen des Tarifvertrages ziehen sich mit denen der Gewerkschaftsbewegung überhaupt. Er wäre falsch, ihn als eine Ueberleistung der Klassen gegenüber zu bezeichnen, er doch aus dem wirtschaftlichen Kampf geboren und nicht selten das Ergebnis schwerer gewerk-

schaftlicher Kämpfe, das durch die Macht der Organisation gefestigt und weiterentwickelt wird. Die Tarifverträge sind also keineswegs Friedensdokumente zwischen Kapital und Arbeit, wohl aber befristete Waffenstillstandsurkunden zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft, und sie entsprechen als solche durchaus den gewerkschaftlichen Bestrebungen.

Die Bemühungen der Gewerkschaften waren seit langem darauf gerichtet, den Tarifverträgen die allgemeine rechtliche Verbindlichkeit auch für die Unternehmer und Arbeiter ihres Geltungsbereichs zu erwirken, die den als Vertragskontrahenten in Betracht kommenden Organisationen nicht angehören. Diese Bemühungen gehen schon weit in die Zeit vor dem Kriege zurück. Sie wurden zusammengefaßt in die Forderung: „Der Tarifvertrag gilt von selbst für den Arbeitsvertrag“. Der deutsche Juristentag 1908 trat im wesentlichen dieser Forderung bei durch den Beschluß, „daß Arbeitstarifverträge unmittelbare Rechtswirkung auf die in ihrem Geltungsbereich abgeschlossenen Arbeitsverträge haben sollen“. Aber zur gesetzlichen Verankerung dieser Bestrebungen kam es nicht, so daß von den verschiedenen Gewerbegerichten und auch von den höheren gerichtlichen Instanzen in tariflichen Angelegenheiten oft einander widersprechende Urteile gefällt worden sind.

Gegen eine gesetzliche Regelung der Tarifverträge wurde hauptsächlich geltend gemacht, daß den Tarifkontrahenten auf der Arbeiterseite, den Gewerkschaften, die Eigenschaft der juristischen Person fehle. Zur Beseitigung dieses Mangels wollte man ihnen durch ein besonderes Gesetz die Rechtsfähigkeit verleihen. Die Gewerkschaften sollten also die gesetzliche Regelung der Tarifverträge eintauschen durch diese Verleihung der Rechtsfähigkeit, durch die man sie fester als bisher an die Strippe zu bekommen hoffte. Denn die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine sollte deren Haftbarmachung für jeden sogenannten Tarifverstoß, für jede „Streikauschreitung“ ermöglichen; sie war also gleichbedeutend mit einem neuen Erdröselungsversuch. Für dieses Opfer war den Gewerkschaften aber ihre Unabhängigkeit nicht feil und sie verzichteten lieber auf die gesetzliche Regelung der Tarifverträge.

Die Revolution hat inzwischen auch in diese Zustände Breche geschlagen. Obwohl die Gewerkschaften nicht juristische Personen oder rechtsfähige Berufsvereine geworden sind, stehen doch heute die Tarifverträge im großen Ganzen über den Einzelverträgen, haben sie für ihren Geltungsbereich allgemeine Geltung erlangt. Die Verordnung über Tarifverträge usw., die von der Revolutionsregierung am 23. Dezember 1918 erlassen wurde, ermächtigt das Reichsarbeitsministerium zur Erklärung der Rechtsverbindlichkeit von Tarifverträgen, die für die Gestaltung der Arbeitsbedingungen des Berufstreifens in dem Tarifvertragsgebiet überwiegende Bedeutung erlangt haben. Solche Tarifverträge sind dann innerhalb ihres räumlichen Geltungsbereichs für Arbeitsverträge, die nach Art der Arbeit unter den Tarifvertrag fallen, auch dann verbindlich, wenn der Arbeitgeber oder der Arbeitnehmer oder beide an dem Tarifvertrage nicht beteiligt sind. Durch die Erklärung ihrer Allgemeinverbindlichkeit treten also die Tarifverträge innerhalb ihres Geltungsbereichs an die Stelle aller Einzelverträge und jeder unter ihnen arbeitende Arbeiter kann bei Verstößen auf ihre Einhaltung klagen. Die alte Forderung, daß der Tarifvertrag von selbst für den Arbeitsvertrag gelten soll, ist heute also grundsätzlich erfüllt.

Dank dieser Entwicklung ist heute die Frage der gesetzlichen Regelung der Tarifverträge nicht mehr so brennend wie

unter den alten Verhältnissen; vor allen Dingen ist aber ihre Lösung wesentlich erleichtert. Einen solchen neueren Lösungsversuch stellt der Entwurf eines Arbeitstarifgesetzes dar, der auf Grund eines Gutachtens von Prof. Dr. Sinzheimer und eingehender Beratungen in verschiedenen Ausschüssen der Gesellschaft für soziale Reform im Arbeitsausschuß für ein einheitliches Arbeitsrecht bearbeitet und im „Reichsarbeitsblatt“ vom 15. April d. J. veröffentlicht wurde. Er steht grundsätzlich auf dem Boden des freiwilligen Vertragsabschlusses durch freiwillige Organisationen der Unternehmer und der Arbeitnehmer und entspricht also der von den Gewerkschaften in dieser Frage schon immer eingenommenen Stellung.

Nach dem Entwurf ist ein Tarifvertrag „der schriftliche Vertrag zwischen Arbeitgebern oder ihren tariffähigen Vereinigungen und den tariffähigen Vereinigungen von Arbeitnehmern zur Regelung des Arbeitsverhältnisses“. Zum Arbeitsverhältnis wird auch das Lehrlingswesen, die Frage der Betriebsvertretungen, die Benutzung von Arbeitsnachweisen, sowie das gesamte Schlichtungswesen gezählt. Auch Hausgewerbetreibende und Angehörige freier Berufe, deren Arbeit von anderen verwertet wird, werden als Arbeitnehmer angesehen. Tariffähig sind Unternehmer- und Arbeiterorganisationen, „deren Satzung den Abschluß von Tarifverträgen vorsieht und Bestimmungen darüber enthält: 1. von welchen Organisationen und in welcher Weise Beschlüsse in Tarifangelegenheiten gefaßt und bekräftigt werden; 2. welche Organe die Vereinigungen vertreten und wie sie berufen werden“. Arbeitnehmervereinigungen sind nur dann tariffähig, „wenn sie 1. die Mitgliedschaft nicht von der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Betriebe abhängig machen; 2. Arbeitgeber als Mitglieder nicht aufnehmen; 3. die Interessen ihrer Mitglieder selbständig und unabhängig wahrnehmen“. Solche Vereinigungen sollen danach von der Tariffähigkeit ausgeschlossen sein. „Tariffähige Vereinigungen sind in diesen Angelegenheiten, die einen bestimmten Tarifvertrag betreffen, rechtsfähig“. Die Erklärung der allgemeinen Verbindlichkeit von Tarifabmachungen wird dem Tarifamt übertragen. Seine diesbezüglichen Anordnungen treten in der Regel mit ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft und sind in ein Tarifregister einzutragen. Die Vertragsparteien sollen durch den Tarifvertrag verpflichtet sein, „jede Kampfbildung zu unterlassen, die gegen den Bestand des Tarifvertrages oder einzelner Bestimmungen gerichtet ist“. Diese Bestimmung entspricht dem Charakter der Tarifgemeinschaft und dem Wesen des Tarifvertrages, der ganz selbstverständlich während seiner Geltungsdauer auch ehrlich gehalten werden muß.

Alles in allem bietet der Entwurf eine brauchbare Grundlage zur Schaffung eines Arbeitstarifgesetzes und zur Verwirklichung der längst erstrebten gesetzlichen Regelung der Tarifverträge.

Paul Barthel.

## Beschwerde an den Internationalen Gewerkschaftsbund.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat sich veranlaßt gesehen, den Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes auf Vorgänge aufmerksam zu machen, die die ehemaligen fiskalischen Heeres- und Marinebetriebe des Deutschen Reichs betreffen. Diese Betriebe, die ehemals ausschließlich zur Herstellung von Waffen und Kriegsgerät bestimmt waren, hatten während des Krieges bis zu 200 000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt. Nach Beendigung des Krieges ist diese Zahl auf 40 000 beschränkt worden. Die Anfertigung von Kriegsmaterialien wurde schon lange vor Abschluß des Versailler Friedensvertrages eingestellt, und im April 1919 beschloß die Verfassungskonstituierende Nationalversammlung auf Anregung der Arbeiterschaft, diese bisher für Kriegszwecke bestimmten Reichsbetriebe nunmehr auf Friedensarbeiten umzustellen. Später wurde aus diesen Betrieben eine Aktiengesellschaft gemacht, die den Namen Deutsche Werke Aktiengesellschaft führt.<sup>\*)</sup> Die Deutschen Werke unterstehen der Leitung von Reichsräten, die in der Privatwirtschaft erfahren sind. Sie haben ferner ihren Vorstand, ihren Aufsichtsrat und ihre Generalversammlung. Sie schließen mit dem Reich und mit den Ländern Abträge ab, wie jedes Privatunternehmen. Das Reich hat lediglich das Betriebskapital zur Verfügung gestellt, hat ferner auch sämtliche Aktien und Genussscheine in Händen.

Die Betriebsräte der zu den Deutschen Werken gehörenden Betriebe geben dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschafts-

bund wiederholt beschwert über die Art und Weise, wie die erte militärische Kontrollkommission (besonders deren französische Mitglieder) die Aufgaben durchführt, die aus dem Versailler Vertrag abgeleitet werden. Dadurch wird die Aufrechterhaltung der Deutschen Werke geradezu unmöglich, selbst wenn man in Betracht ziehen will, daß auch bei den vom Friedensvertrag vorgeschriebenen Maßnahmen zu weit gegangen wird. Darüber hinaus erfolgen Maßnahmen, bei denen die Entlohnung lediglich als Aushängeschild dient und die die Existenz der Betriebe der Deutschen Werke vernichten müssen.

Aus den vorgetragenen Beschwerden führt der Bundesrat folgende an:

1. Die militärische Kontrollkommission verbietet jede Bewegung von Maschinen, selbst die Bewegung von einem anderen Werk und gibt auch noch so begründeten Gründen, einzelne Maschinen zu verlegen, nicht statt.
2. Schrott, welcher aus der Zerstörung von Spezialmaschinen für Kriegsgeräte abgefallen ist, wird nicht den Deutschen Werken zum Kauf angeboten, obwohl sie ihn in eigenen Hütten verarbeiten können, sondern an außenstehende Firmen verkauft.
3. Sämtliches Rohmaterial, das in den Betrieben vorhanden ist, wird, auch ohne daß es ausgesprochenes Kriegsmaterial wäre, wie alle Holzvorräte, Rundmessing, Flachblech, jede Tafel Blech, jedes Stück Leder, als Kriegsmaterial bezeichnet und beschlagnahmt.

Diese Maßnahmen leitet die Kommission anscheinend auf zwei Entscheidungen des Botschasterrates vom 10. Februar 1920 ab. Nach der einen Entscheidung soll das Produkt der Betriebe in den Händen der Alliierten bleiben, die darüber verfügen können. Dieser ersten Entscheidung vom 10. Februar steht eine andere vom 26. Mai 1920 gegenüber, wonach Maschinen und Werkzeuge, welche für Friedenszwecke arbeiten, der deutschen Regierung zu ihrer Verfügung belassen werden sollen.

Die zweite Entscheidung des Botschasterrates vom 10. Februar 1920, bezüglich der Schließung der deutschen Kriegsbetriebe besagt in Absatz 2, daß die dem Reichsminister für die öffentlichen Staatsbetriebe, welche ausdrücklich eine Bestimmung zur Herstellung von Friedensgerät haben, weiterbetrieben werden können, um die Entlassung ihrer Arbeiter zu verhindern. In diesen Betrieben gehören auch die Deutschen Werke. Ihre Weiterführung ist natürlich nur dann möglich, wenn ihnen Maschinen und Rohstoffe belassen werden. Die neuesten Anordnungen der militärischen Kontrollkommission müssen jedoch in kürzester Zeit die völlige Stilllegung dieser Betriebe zur Folge haben, denn werden nicht nur einzelne Maschinen, sondern ganze Hallen mit Maschinen, zum Beispiel auch schwere Drehbänke, auf denen bei der Eisenbahnverwaltung in Auftrag gegebene Maschinen hergestellt werden, beschlagnahmt. Man begnügt sich auch nicht mit den Maschinen, die während des Krieges in den Werken benutzt wurden, sondern beschlagnahmt auch neu angeschaffte Maschinen, zum Beispiel in Spandau Automaten, die erst für die Herstellung von Friedenswaren (z. B. Lampenfassungen und ähnliche Blechgegenstände) nach dem Kriege neu beschafft worden sind. Wenn die Kontrollkommission in dieser Weise verfährt, ist es unmöglich, die auf Friedensarbeit umgestellten Betriebe weiterzuführen und die 40 000 Arbeiter und Angestellten weiterzubeschäftigen.

Die Beschwerde verweist nochmals darauf, daß bei den Deutschen Werken kein Privatkapital tätig ist, daß sie vielmehr durchaus ein gemeinwirtschaftliches Unternehmen sind. Es geht also nicht nur für die deutsche Arbeiterschaft, sondern auch für die Arbeiterschaft der Ententeländer notwendig, daß die Deutschen Werke weitergeführt werden. Die Beschwerdeschrift spricht die Vermutung aus, daß bei den Maßnahmen der militärischen Kontrollkommission großkapitalistische Interessen mitsprechen, die die Unternehmer Deutschlands und sicher auch die der Ententeländer in dem Unternehmen eine für den Großkapitalismus gefährliche Konkurrenz erblicken. Die Kapitalisten mögen nicht ohne Grund befürchten, daß die Weiterführung und Entwicklung des auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage aufgebauten Unternehmens ihren privaten Profitinteressen schädlich werden könnte. Die Beschwerdeschrift spricht zum Schluß die Bitte aus, daß das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes diese Mitteilung in geeigneter Weise verwenden und seinen Einfluß aufbieten möge, um die drohende Weitervermehrung der Arbeitslosigkeit in Deutschland zu verhindern.

<sup>\*) Eine ausführlichere Beschreibung der Deutschen Werke ist im Bericht des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes herangezogenen Betriebsratzeitung zu finden.</sup>

# Das Existenzminimum im April 1921.

Von Dr. H. Puczyński

Direktor des Statistischen Amtes Berlin-Schöneberg.

Die Kosten des Existenzminimums waren in Groß-Berlin April 1921 niedriger als in jedem Monat seit März 1920. Geringer als im April 1920 waren vor allem Reis, Hülsenfrüchte, Getreide, Schuhwerk und Kleider, teurer vor allem Brot, Kartoffeln, Zucker, Milch. Im Vergleich mit der Vorkriegszeit waren die Preise fast selbstverständlich nach wie vor ungeheuer hoch. Brot kostete 10mal soviel wie vor sieben Jahren, Margarine 12mal soviel, Butter 15mal soviel, Zucker 16mal soviel, Kartoffeln 17mal soviel. Dabei sind die Schleichhandelspreise noch nicht berücksichtigt. Für die rationierten Nahrungsmittel betrug die Erhöhung sich von April 1914 bis April 1921 im ganzen eine Verdreifachung auf das Dreizehnfache. In den vier Wochen vom April bis zum 1. Mai wurden an die Bevölkerung verteilt:

	Preis April 1921 Pf.	Preis April 1914 Pf.
8800 Gramm Brot . . . . .	2151	213
800 " Weizenmehl . . . . .	580	32
125 " Butter . . . . .	640	34
700 " Zucker . . . . .	532	32
Zusammen	3903	311

Dieselben rationierten Mengen, für die man jetzt 39,03 Mk. zahlen muß, konnte man vor sieben Jahren für 3,11 Mk. kaufen. Die rationierten Mengen enthalten nun im Wochendurchschnitt 6850 Kalorien. Der Nahrungsbedarf eines Kindes von 10 Jahren beträgt etwa 11 200 Kalorien, der einer Frau etwa 16 800 und der eines Mannes etwa 21 000 Kalorien. Um das Existenzminimum zu berechnen, wird man also für ein Kind von 6 bis 10 Jahren die rationierten Mengen durch den Nährwert im Nährwert von 11 200—6850 = 4350 Kalorien dividieren müssen. Eine Frau müßte sich zu der so errechneten Nahrungsmenge des Kindes noch Lebensmittel im Nährwert von 5600 Kalorien hinzukaufen, ein Mann darüber hinaus weitere Lebensmittel im Nährwert von 4200 Kalorien. Bezieht man sich dabei soweit als tunlich auf die billigsten Nahrungsmittel, so stellt sich der wöchentliche Mindestbedarf für ein Kind von 6 bis 10 Jahren auf 21 Mk., für eine Frau auf 46 Mk., für einen Mann auf 46 Mk. (Die gleichen Nahrungsmittel kosteten im April 1914 für ein Kind 1,80 Mk., für eine Frau 2,89 Mk., für einen Mann 3,71 Mk. Tatsächlich aber das Existenzminimum vor sieben Jahren noch billiger, insbesondere Brot damals in unbegrenzten Mengen zur Verfügung stand.)

Rechnet man für den Mindestbedarf an Wohnung den Heizwert von Stube und Küche, für Heizung 1 Btr. Brennstoff für Beleuchtung 6 Kubikmeter Gas, so ergeben sich den wöchentlichen Bedarf für Wohnung 9 Mk. (1913/14: 5,50 Mk.), für Heizung 16,90 Mk. (1,15 Mk., für Beleuchtung 6,60 Mk. 75 Mk.).

Für Bekleidung, d. h. für Beschaffung und Instandhaltung von Schuhwerk, Kleidern und Wäsche, sind mindestens zu rechnen: Mann 27 Mk. (2,50 Mk.), Frau 18 Mk. (1,65 Mk.), Kind 9 Mk. (0,85 Mk.).

Für alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben (Wäschereinigung, Jahrgeld, Steuern usw.) wird man einen Zuschlag von 30 Proz. (1913/14: 25 Proz.) machen müssen. (Der Zuschlag ist gegenüber den Vormonaten, mit Rücksicht auf die Ermäßigung der Einkommensteuer, von 33 1/3 auf 30 Proz. herabgesetzt worden.)

Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich somit für Groß-Berlin:

	Mann Mk.	Ghepaar Mk.	Ghepaar mit 2 Kindern Mk.
Ernährung . . . . .	46,—	79,—	121,—
Wohnung . . . . .	9,—	9,—	9,—
Heizung, Beleuchtung . . . . .	23,—	23,—	23,—
Bekleidung . . . . .	27,—	45,—	63,—
Sonstiges . . . . .	32,—	43,—	65,—
April 1921 . . . . .	137,—	204,—	281,—
März 1921 . . . . .	141,—	213,—	298,—
April 1920 . . . . .	186,—	279,—	375,—
August 1913/ Juli 1914 . . . . .	16,75	22,30	28,80

(Für die einzelnen Monate des Jahres 1920 vgl. mein Buch: „Das Existenzminimum und verwandte Fragen“, Verlag Hans Robert Engelmann, Berlin W. 15, S. 123—126.)

Auf den Arbeitstag umgerechnet, beträgt der notwendige Mindestverdienst im April 1921 für einen alleinlebenden Mann 23 Mk., für ein kinderloses Ehepaar 34 Mk., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 6 bis 10 Jahren 47 Mk. Auf das Jahr umgerechnet, beträgt das Existenzminimum für einen alleinlebenden Mann 7100 Mk., für das kinderlose Ehepaar 10 650 Mk., für das Ehepaar mit zwei Kindern 14 650 Mk.

Vom letzten Vorkriegsjahre bis zum April 1921 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinlebenden Mann von 16,75 Mk. auf 137 Mk., d. h. auf das 8,2fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,30 Mk. auf 204 Mk., d. h. auf das 9,2fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,80 Mk. auf 281 Mk., d. h. auf das 9,8fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, ist die Mark jetzt 10 bis 12 Pf. wert.

## Wirtschaftspolitische Rundschau.

Verlauf deutscher Kohle durch die Alliierten. — Englische Schutz-zollpolitik. — Die Weltkrise. — Verschärfung der Lage im besetzten Gebiet. — Die Lebenshaltung der Bevölkerung bei verminderter Einfuhr. — Freigabe der Milchwirtschaft.

Nach einer zuverlässigen Ermittlung haben in letzter Zeit erhebliche Verkäufe von Reparationskohle durch die alliierten Empfangsländer stattgefunden. So sind von dem offiziellen belgischen Kohlenkontor an die Niederlande bis zum März 50 000 Tonnen verkauft, die zum Teil von Antwerpen aus geliefert wurden. Von der gleichen Stelle sind 10 000 Tonnen Braunkohlenbriketts an die Niederlande verkauft, und ist diese Menge monatlich auf einen längeren Zeitraum offeriert. Sämtliche Angebote sind zu ungewöhnlich billigen Preisen erfolgt. In Rotterdam befanden sich Anfang März etwa 50 000 Tonnen deutscher Steinkohle unentladen in Rähnen. Wie weiter gemeldet wird, sind der Schweiz von Straßburg und Luxemburg rheinische Braunkohlenbriketts angeboten.

Der Vorgang beweist das Unsinnige, wenn die Alliierten die Kohlenanforderung noch weiter hinausschrauben, zumal bei uns fortgesetzt bitterer Mangel herrscht und in langwierigen Verhandlungen versucht wird, wieder durch Ueberstunden im Bergbau die Kohlenförderung zu steigern.

In der Industrie machen sich die von der Entente gegen uns geführten Pressionen unangenehm bemerkbar. Die Importabgabe hat viele Geschäftsverbindungen stillgelegt; die Folge ist: die Angebote aus Deutschland drängen nunmehr nach den neutralen Staaten.

Bei dem Eifer, mit dem die gesetzgeberischen Maßnahmen im englischen Unterhaus über die Abgabe von 50 Proz. für deutsche Waren verfolgt wurden, sind zwei wichtige Gesetzentwürfe nahezu unbeachtet geblieben, die nicht minder den Handelsverkehr beider Staaten beeinflussen werden. Der eine Entwurf will für die Industrie, die während des Krieges künstlich gefördert wurde, für die Dauer von fünf Jahren einen Wertzoll von 33 1/3 Proz. festlegen. Geplant ist der Zoll auf optische Instrumente, wissenschaftliche Glaswaren, Präzisionsinstrumente, Röntgenmagnete, Farbstoffe und einige Chemikalien. Während dieser Gesetzentwurf bis in die freihändlerischen Kreise hinein Zustimmung findet, stellen sich dem zweiten Gesetzentwurf mehr Widersacher entgegen. Auch in diesem Gesetz soll ein Wertzoll von 33 1/3 Prozent gefordert werden, sobald die Ware unter den Produktionskosten verkauft oder zu Preisen angeboten wird, die in Anbetracht der Entwertung der Währung des Herkunftslandes niedriger sind, als die Ware in England hergestellt werden kann. Unter diesen Umständen wird der Zollschiffane Tür und Tor geöffnet und England gelangt so unter Ausnutzung der gegenwärtigen politischen Stimmung in ein hochgespanntes Schutzollsystem, ohne daß die Krise damit ihr Ende erreicht.

Ueber den Umfang der Krise in der Baumwollindustrie sind während eines halben Jahres bis zum Ende Januar 1921 interessante Ermittlungen in den einzelnen Ländern angestellt, die folgenden Vergleich ergaben: Es betrug die Verkürzung der Arbeitszeit in England 6, Frankreich 2,3, Deutschland 7,5, Tschechoslowakei 13,3, Italien 1, Spanien 4,7, Belgien 7,5, Schweiz 1,39, Polen 10, Oesterreich 10,39, Schweden 4,43, Dänemark 5,8 Arbeitswochen während des in Frage kommenden halben Jahres, die Arbeitswoche zu 48 Stunden gerechnet.

Unter diesen Umständen verträgt die Textilindustrie schwer die Experimente, die von London und Paris unternommen werden. Belgien hat bereits auf Drängen der Textilindustrie auf die Abgabe von 50 Proz. für eingeführte deutsche Farben verzichten müssen. Im übrigen wird um die Konkurrenz der deutschen Farben ein heftiger Kampf geführt; besonders Amerika macht alle Anstrengungen, um ein dem deutschen gleichartiges Fabrikat zu erzielen. In den ersten drei Monaten dieses Jahres sind nicht weniger als 40,5 Millionen Dollar neue Kapitalbeteiligung für die chemische Industrie in Amerika aufgelegt. Bei der Fähigkeit, mit der man in Amerika das einmal gesteckte Ziel verfolgt, ist anzunehmen, daß der Erfolg nicht ausbleiben wird.

Unter dem Druck der Wirtschaftskrise ist in England die Kohleisenproduktion im März auf 385 000 Tonnen zurückgegangen.

gen gegen 463 000 Tonnen im Vormonat und 637 000 Tonnen im Januar. Die Stahlerzeugung betrug im März 357 000 Tonnen gegen 438 500 Tonnen im Februar und 493 000 Tonnen im Januar.

So zieht die Weltkrise ihre Kreise und hält alle in ihrem Bann, ohne daß vorläufig eine Rettung sichtbar wäre. Was auch die Ententepolitiker an wirtschaftlichen Pressionsmitteln gegen Deutschland auskügeln, sie selbst werden keine befriedigende Lösung finden; sie können nur die eine Genugtuung haben, daß sie ihren Gegner etwas tiefer hinabstoßen. Auf dem rheinischen Arbeitsmarkt macht sich bereits die inländische Zollerhebung übel bemerkbar. Der Andrang auf den Arbeitsnachweisen und die Unterstützungsempfänger haben zugenommen. In der Metallindustrie ist die Nachfrage nach Arbeitern abgeflaut, und die Arbeitslosenziffer ist in Zunahme begriffen. Betriebseinstellungen, Arbeiterentlassungen, verkürzte Arbeitszeit sind die Begleiterscheinungen eines mit viel Tatendrang, aber wenig Ueberlegung geführten Schlasses gegen die deutsche Volkswirtschaft.

In dem vom Statistischen Reichsamt herausgegebenen Heft 4 „Wirtschaft und Statistik“ ist die Einfuhr der wichtigsten Nahrungs- und Futtermittel in den ersten 9 Monaten des Jahres mit der Ein- und Ausfuhr im gleichen Zeitraum des Jahres 1913 in Vergleich gestellt. Das große Manko in unserer Lebensmittelversorgung tritt bei der Wertung dieser Zahlen deutlich in die Erscheinung. Wir hatten 1913 einen Einfuhrüberschuß an Brotgetreide von 1 086 421 Ton. und führten 1920 nur 662 878 Ton. ein. Es blieb also gegenüber der Zeit vor dem Kriege ein Fehlbetrag von 423 543 Ton., der sich aber um reichlich 2 Millionen Tonnen aus dem Minderertrag der deutschen Ernte noch erhöht. Diese Zahlen deuten zugleich auf das Bedenkliche der Freigabe der Getreidewirtschaft hin. Anders gestaltete sich die Einfuhr von Kartoffeln, die 698 470 Ton. erreichte, während 1913 Ein- und Ausfuhr sich ungefähr die Waage hielt. Hülsenfrüchte gehen mit 164 783 Ton. weit über die Einfuhr 1913, die 133 309 Ton. betrug. Fleisch und Speck weisen eine Einfuhr von 160 296 Ton. auf gegen 42 360 Ton. im Jahre 1913. Während Schweineschmalz sich ungefähr auf der Höhe vor dem Kriege hielt, ging Butter von 40 318 auf 5519 Ton. zurück. Umgekehrt stieg die Einfuhr von Margarine auf 53 836 Ton., während wir 1913 nur 213 Ton. einführten, aber 38 382 Ton. zur Ausfuhr brachten. Zucker steht mit 70 436 Ton. in der Einfuhr, 1913 führten wir 473 487 Ton. aus. Schließlich verzeichneten wir eine Einfuhr von 317 054 Ton. Geringe gegen 125 835 Ton. im Jahre 1913. Die Gegenüberstellung läßt erkennen, daß die große Masse ihren Konsum in den minderwertigen Nahrungsmitteln decken mußte, denn die größere Fleischeinfuhr will nichts sagen, da aus den heimischen Viehbeständen die Versorgung sehr gering war. Die niedere Lebenshaltung des deutschen Volkes kommt in diesen Zahlen unverkennbar zum Ausdruck.

In der Gegenüberstellung der Einfuhr der wichtigsten Rohstoffe tritt uns der Tiefstand der Industrie entgegen. Nehmen wir z. B. die Rohstoffe der Textilindustrie zum Vergleich, so finden wir eine Einfuhr von 173 487 Ton. Baumwolle, Wolle, Flachs, Hanf und Jute, der 1913 eine Einfuhr von 622 164 Ton. gegenüberstand. In dieser Rohstoffzufuhr ist der Rückschlag zu erkennen, der die Textilindustrie getroffen hat, in anderen Industrien sieht es nicht besser aus. Leider sind dabei die Arbeiter mehr die Leidtragenden als die Unternehmer. Denn trotz der nicht vollen Ingangsetzung der Betriebe flossen die Gewinne für die Unternehmer recht reichlich, während über die Arbeiter Arbeitslosigkeit, Not und Entbehrung hereinbrach.

Das Reichsernährungsministerium hat nunmehr auch die Milchwirtschaft freigegeben. Die Gemeinden sollen durch Verträge den Bedarf an Milch sicherstellen. Man überweist damit den Gemeinden eine sehr schwierige Aufgabe zur Erfüllung; die Bevölkerung wird sehr bald eine abermalige, nicht unerhebliche Preiserhöhung bitter empfinden. Das sind Begleiterscheinungen der freien Wirtschaft, die hier um so verheerender wirken müssen, da es sich um ein Nahrungsmittel für Kinder und für Kranke handelt.

### Unser Lebensabend?

Grau ist die Welt. Wir haben keine Sonne mehr. Keinen Augenblick hellen Sonnen Scheins erfreuen wir uns, wenn unsere Gedanken sich von der mühevollen Tagesarbeit und sich hinziehen zu jenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zuständen. Aber wirklich — wasgen einem diese Augenblicke des Fortschritts — in end- und ulerlosen Chaos von Meinungen, Katschlagen und Verbesserungsmaßnahmen die Gedanken verwirrt machen — völlig stoden bleibt das Blut bei dem Gedanken an den persönlichen Lebensabend. Da hämmert der Puls hinein in eine

grausame Finsternis und alles Selbdukel verwandelt Schwarz. Bei keiner Frage zittert mein Innerstes so sehr als jener: Was wird aus dir, aus deiner Frau, wenn du heute mehr imstande bist, vollkräftig zu arbeiten? Da ist kein Staat uns Pensionen bezahlt, da ist keine Bank, die uns Zinsen da ist keine Schere, mit der wir Coupons schneiden könnten und ist kein Arbeitgeber, der uns von dem Gewinn, den auch wir erzeugt haben, etwas abgibt. Wir werden zwar nicht mehr sach hinausgeworfen. Es ist genügend, wenn der alte und oft auch noch junge Mann todfrank, mit seinem Elend sich haltend, auf seinem Arbeitsplatz sitzt — aber mit einigen pfennigen in der Woche kann er dann heimgehen und zusehen, er seine Haushaltungsbedürfnisse damit deckt. Keinem Arbeitnehmer fällt es ein, noch soviel dazuzulegen, daß der Mann Wasser bleibt.

Da steht er nun — grauen Hauptes, kummervollen Gesichts zerarbeitet und zerrüttet und ihm ist nichts geblieben als sein oder 60 Jahre auf dem gebeugten Rücken.

An ihm vorbei saust der gleichalterige Menschen, Bruder Auto und fährt ins Bad — aufs Land — zur Erholung. Auto der, der unsere Kraft verschlang, seinen Wagen treibt Markt unserer Knochen. Was bleibt dem Arbeiterkreis übrig? Ist noch ein bißchen zu früh, um ins Grab zu sinken — es wäre für ihn — und so schleppt er sich noch Jahre lang hin mit Invalidenrente, die zuviel ist, um ihn morgen verhungern zu lassen und zu wenig, um ihn noch Jahre in Ruhe und Zufriedenheit zu lassen. „Einen schönen Lebensabend in Ruhe und Zufriedenheit“ — und gar genießen. Jetzt, da ich noch jung bin, steigt Hohnlachen in mir auf, aber es wird mir vergehen hohnzulachen in mir auf, aber es wird mir vergehen, hohnzulachen Gedanken voraussehen.

Oder glaubt man, daß wir in 30 Jahren bei der heutigen krankhaften Spalterei innerhalb der Arbeiterschaft unsere Ziele erreichen werden?

Oder glaubt man, ein kommender Staat wird uns Pensionen geben? Seliger Kinder Glaube, der in der Zukunft Rosen weiß es nicht — die Hoffnung hatte ich einmal.

Nun laßt uns gegenwärtig sein und für die Zukunft sorgen. Ich sehe drei Wege, die gegangen werden könnten:

1. Sozialisierung der gesamten Industrie und Wirtschaft. Der Staat ist Eigentümer und Kapitalist, einziger Kapitalist. Wohlfahrt der Gesamtheit, die gesammelte Arbeitskraft wird Staatskraft betrachtet — was sie auch längst ist — und dem den Staat arbeitenden Arbeiter und Beamten bei Dienstfähigkeit nach Arbeitsjahren gestufte Pension gewährt.

2. Gründung einer eigenen Pensionskasse — ähnlich wie bei Eisenbahnern und Lehrern der Fall war. Wer würde da freiwillig wöchentlich einen Teil abgeben?

3. Aber neben der freiwilligen Abgabe müßten wir fordern, daß Staat und vor allem der Unternehmer ihr Teil zu tragen hätten.

Damit habe ich den 2. und 3. Weg zusammengefaßt, denn sollte die Abgabe der Unternehmer im Verhältnis ihrer Vermögensverhältnisse, ihrer Schuldabschreibung und ihrer Kapitalerhöhung wirklich nicht genügen, so ist jeder gerne bereit, noch einen kleinen Beitrag zu geben und hier tut es die Masse.

Ich wollte diesen Gedanken einmal geben als eine Anregung. Möchte er nicht ungehört verhallen, durch Nachdenken und Sprache zur Klärung kommen, um einmal in irgendeiner Weise Wirklichkeit werden zu können.

P. M., Marktredwitz

### Aus unserem Beruf.

Weiden. Unsere Notiz in Nr. 18 der „Arbeitsweise“ vom 6. Mai 1921 bezieht sich nicht auf die Firma Johann Seltmann (die in Böhmenstraß und hat mit der in unserer Notiz erwähnten Angelegenheit nichts zu tun), sondern auf die Firma Christian Seltmann in Weiden.

Borsgrund (Norwegen). Die gesamte Arbeiterschaft der hiesigen Porzellanfabrik befindet sich seit dem 6. Mai im Streik wegen Lohnfälligkeiten. Es befindet sich auch nicht ein einziger Streikbrecher im Betriebe. Es wird dringend ersucht, jeden Versuch von Porzellanarbeitern nach Borsgrund streng zu halten. Ueber den Betrieb ist die Sperre verhängt.

Porzellanfabrik Franzenh, A.-G., schließt das letzte Geschäftsjahr ab mit einem Ueberschuß von 1 206 500 Mk. gegen 488 400 Mk. im Vorjahre. Es wird eine Dividende von 25 Prozent auf das erhöhte Aktienkapital gezahlt, gegen 25 Prozent im Vorjahre. Im Geschäftsbericht wird gesagt, daß die Unternehmungen mit einem großen Auftragsbestande in das neue Geschäftsjahr übergetreten sei. Es wäre bisher gelungen,

ansätze mit den enorm gestiegenen Löhnen und Unkosten in Anschlag zu bringen. Während also die bedauernswerten Aktionäre für ihre unfäglichen Mühen und Plandereien sich mit lumpigen 35 Prozent Dividende begnügen müssen, laden die Arbeiter schmunzelnd die enorm gestiegenen Löhne ein. Ja, wir leben wirklich in einer verkehrten Welt.

**Die Lage der feinkeramischen Industrie im April.** In der feinkeramischen Industrie ist, wie vom Verband Keramischer Gewerke in Deutschland geschrieben wird, die Abschwächung des Geschäfts weiter fortgeschritten. Obwohl ab 1. April mit der Arbeiterschaft ein neues Lohnabkommen geschlossen worden ist, das gegenüber dem vorhergegangenen keine Erhöhung aufweist, sind im übrigen manche Herstellungskosten, namentlich im Hinblick auf die Verteuerung der Frachten, gestiegen; eine Entspannung in den Herstellungskosten war noch nirgends zu verzeichnen.

Das Inlandgeschäft konnte noch nicht wieder belebt werden; in der Luxusporzellanindustrie, vor allem aber in der elektrotechnischen Porzellanindustrie, hat sich die Absatzkrise im Inlande weiter verstärkt. Das Auslandgeschäft ist vielleicht noch schärfer zurückgegangen. In erster Linie natürlich im Hinblick auf die völlige Unklarheit der Lage, wie sie durch die Sanktionen der Entente bedingt worden ist. Welche Maßnahmen sich besonders für die im besetzten Gebiet liegenden keramischen Fabriken zur Umkehr der Sanktionen als unmöglich erweisen werden, wird von den Fachverbänden und vom Verband Keramischer Gewerke in Deutschland erwogen.

Unabhängig von den Sanktionen hat auch ein teilweises Versagen der Außenhandelskontrolle zu bedenklichen Preisunterbrechungen im Auslande, vor allem durch Händler, geführt und damit den schon ohnehin nur schwach aufnahmefähigen Auslandsmarkt weiter verdorben. Der Gesamtausschuß der Außenhandelsnebenstelle Feinkeramik hat daher am 11. April eine unbedingte Aufrechterhaltung der Außenhandelskontrolle von der Regierung gefordert und für seinen Zuständigkeitsbereich wesentlich verschärfte Kontrolle angeordnet.

Die vorstehend geschilderte Lage hat zu beträchtlichen Betriebseinschränkungen in der Luxusporzellanindustrie und zu ähnlichen Einschränkungen auch in der elektrotechnischen Porzellanindustrie geführt. In dem letzteren Industriezweig hat der Fachverband seinen Abnehmerkreisen in der verarbeitenden elektrischen Industrie dadurch Entgegenkommen gezeigt, daß er einen nach dem Umsatz gestaffelten Rabatt und außerdem zum Schutze seiner Mitglieder vor den neu entstandenen Außenseitern eine Treueämnie für verbandstreue Abnehmer eingeführt hat. Diese Maßnahmen, die sich zunächst auf das große Gebiet der elektrotechnischen Stanzporzellane beziehen, kommen im Durchschnitt einem etwa 10prozentigen Preisabbau für diese Artikel gleich.

Das kostbarste Werk altmeißener Porzellane, das berühmte Brühlsche Schwanenservice, steht seit kurzem vollständig in der Dresdener Porzellansammlung. Während bisher die Kunstgewerbemuseen von Berlin und Dresden einige Proben des Services, das sich im Alleinbesitz der Gräflin-Brühlschen Familie befindet, hatten zeigen können, ist es jetzt Prof. Karl Berling gelungen, dem Dresdener Museum ein vollständiges Exemplar des Services zu verschaffen. Johann Joachim Kaendler hat dieses Hauptwerk aller Porzellan Kunst zwischen 1737 und 1741 geschaffen. Der Transport der etwa 1400 Stücke aus dem märkischen Schloß des jetzigen Grafen Brühl nach Dresden wurde mit allen möglichen Sicherheiten vorgenommen. Kaendler hat die Motive des Services aus der figürlichen Grundform des Schwans entwickelt, der manchmal die Gefäßform abgibt, manchmal im Relief auf den Schüsseln erscheint. Und zu dem Schwan tritt das ganze phantastische Meervolk, Putten, Tritonen, Nereiden, Delphine, Krebse, Muscheln und Krabben.

„Vorwärts.“

## Aus anderen Verbänden.

Der Bergarbeiterverband hatte im Jahre 1920 eine Gesamtannahme, einschl. eines Vermögensbestandes von rund 15 Millionen Mark am Schluß des Jahres 1919, von 57 Millionen Mark, der eine Gesamtanzahl von 21½ Millionen Mark gegenüberstand. Das Gesamtvermögen am Schluß des Jahres 1920 betrug 5,5 Millionen Mark. Der Mitgliederbestand am Schluß des Jahres 1920 betrug 467 339.

Der Beirat des Verbandes der Angestellten tagte vom 21. bis 23. April in Weimar. Außer Erledigung rein geschäftlicher Angelegenheiten wurde ein Organisationsvertrag zwischen dem A. D. G. B. und dem Afa-Bund beraten. Die Abmachung über eine Verschmelzung mit dem Verband der Angestellten des Buchhandels fand Zustimmung. In bezug auf die Angestellten und Funktionäre des Verbandes wurde folgender Beschluß gefaßt:

„Mitglieder, die einen Funktionärposten bekleiden sollen, müssen sich verpflichten, in unserem Verbandsrat nur nach unseren Satzungen, den Beschlüssen des Beirats und Verbandstages, den Richtlinien des A. D. G. B. und des Afa-Bundes zu arbeiten. Sie müssen den Internationalen Gewerkschaftsbund zu Amsterdam als internationale Zusammenfassung der Gewerkschaften anerkennen und diesen in jeder Weise fördern.“

Anhänger der kommunistischen Parteien können deshalb keinerlei Funktionen in unserem Verbandsrat ausüben.“

## Vermischtes.

**Genossenschaftliche Aufklärung und Erziehung** sind zwei der ersten Voraussetzungen für die soziale Gemeinwirtschaft. Den Gemeinstitm entwickeln und pflegen sowie die materiellen Kräfte zu tätiger Selbsthilfe sammeln, das ist Arbeit für die gemeinnützige sozialistische Wirtschaft. Der genossenschaftlichen Unterrichtung und Schulung dient die Konsumgenossenschaftliche Presse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Eines seiner publizistischen Organe, das „Konsumgenossenschaftliche Volksblatt“, wendet sich in seiner letzten Nummer mit einer mahnenden Aufforderung an die Konsumvereine und an alle Genossenschaftler, bei denen dieses aufklärende und unterweisende genossenschaftliche Blatt noch nicht zu Hause ist. Hat nicht schließlich, so heißt es in jener Aufforderung, auch jedes Mitglied der uns zugehörigen Konsumvereine das gleiche Recht auf Aufklärung und Unterweisung, wie die rund Achtthunderttausend, die heute schon das „Volksblatt“ zugestellt erhalten? Die genossenschaftliche Schulung und Erziehung duldet keinen Aufschub, und die Unterrichtung über die Konsumgenossenschaftsbewegung darf nicht unter falscher Sparsamkeit und kleinlichen Bedenken leiden. Jetzt ist es an der Zeit, die große Sparsamkeit zu üben, die Verbraucher freizumachen von der Ausbeutung durch fremdes privates Kapital. Ein verarmtes Volk, wie es das deutsche ist, kann sich den Luxus der Profitwirtschaft ganz und gar nicht mehr gestatten. Es muß die billigste Bedarfswirtschaft führen, und die ist die genossenschaftliche Gemeinwirtschaft. Es ist die Aufgabe des „Konsumgenossenschaftlichen Volksblattes“, diese Erkenntnis zu verbreiten, sie hineinzutragen in die Kreise aller Konsumenten. Wo durch das aufklärende Wort und die unterweisende Schrift, durch die Konsumgenossenschaftliche Presse der Boden für weiteres genossenschaftliches Wachstum und Gedeihen geebnet wird, da ist es um den Bau der eigenen Gemeinwirtschaft, um die Selbstversorgung der Volksgenossen gut bestellt. Das „Konsumgenossenschaftliche Volksblatt“ ist keine Zeitung, die ihre Leserschaft durch die Nebel grauer Theorien führt, kein Blatt, das unter Aufwand gelehrter Reden oder dröhnender, doch leerer Worte seinen Zweck erstrebt. In einfacher, aber überzeugender Art lenkt es Denken und Handeln seiner Leser zur edleren, vollendeteren Wirtschaftsform, zu der vom kapitalistischen Eigennutz freigemachten Bedarfswirtschaft, in der nicht mehr die einen auf Kosten der anderen Privatprofite machen. Die Voraussetzungen und Erfordernisse einer leistungsstarken Konsumgenossenschaft darzutun, die vorwärtsschreitende Vermehrung der Mitgliederzahl, die kluge, zweckbewusste Kapitalstärkung des eigenen Wirtschaftsunternehmens, die Erziehung zur genossenschaftlichen Treue, den Ausbau und die Erweiterung des Konsumgenossenschaftlichen Betriebes anzustreben, die Kleinmütigen aufzumuntern, die praktisch und ~~während~~ Tätigen anzufeuern, kurzum, der machtvollen Zusammenfassung aller Verbraucher zur gemeinnützigen, genossenschaftlichen Wirtschaftsorganisation zu dienen, das sind die Aufgaben des „Konsumgenossenschaftlichen Volksblattes“, die es bisher mit gutem Erfolg erfüllt hat und für die es auch in Zukunft tätig sein wird. Darum sollte in jede Genossenschaftsfamilie ein „Konsumgenossenschaftliches Volksblatt“ gelangen.

Wo man keine Not kennt. Eine Arbeit von Jaurogg in der „Allgemeinen Zeitschrift für Psychiatrie“ weist darauf hin, daß im Jahre 1919 in Wien für Wein 3½ Milliarden verausgabt wurden! Eine kaum glaubliche Zahl in der Stadt der größten Not und des größten Kinderelends. Hier Not und dort mehr als Verschwendung. Das ist die göttliche Weltordnung des Kapitalismus. Wie da noch ein einziger Proletarier abseits von unserem Kampfeswege stehen kann, scheint immer unfählicher.

**Kind und Arbeitslosigkeit.** Die Arbeitslosigkeit, unter der das Proletariat heute so sehr leidet, ist nicht nur ein wirtschaftliches, sondern in hohem Maße auch ein kulturelles Problem. Das beweisen uns die Mitteilungen, die uns der Hamburger Schularzt Dr. Fürst hierzu gibt. Wie die Mütterlosigkeit der Eltern einen großen Einfluß auf die Schulfähigkeit der Kinder ausübt, so trägt in noch höherem Maße die Arbeitslosigkeit zu einer Herabminderung der Schulfähigkeit bei. Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit ist somit ein hohes kulturelles Problem, von dessen Lösung zum nicht geringen Teile die geistige Entwicklung unseres Volkes abhängt.

**Soziale Bevölkerungspolitik.** Im Gegensatz zu Grotjahn, der Geburtsvermehrung verlangt — jeder Mann habe mindestens drei Kinder zu erzeugen oder wirtschaftliche Äquivalente zu geben — im Gegensatz zu diesen Forderungen lehnte Dr. Hamburger ähnliche Pläne auf der Versammlung der Berliner medizinischen Gesellschaft ab. Zwar hat das deutsche Volk seit Beginn des Krieges etwa 10 Proz. seiner Bewohner verloren, aber Hamburger weist darauf hin, daß bereits in der Vorkriegszeit fünf Kinder geboren werden mußten, damit drei lebende Kinder erzielt wurden. Diese Verluste setzten sich zusammen aus Fehlgeburten, Totgeburten und Verlusten an Kindern und Müttern. Und den größten Teil dieser Verluste stellte das Proletariat. Die Verluste durch Fehlgeburten usw. waren bei Arbeiterfamilien etwa dreimal so hoch als bei den Wohlhabenden. Auch die schwere körperliche Arbeit der Mütter trug sehr zu diesen Verlusten bei. So geht der Bevölkerungszuwachs auf Kosten des proletarischen Volkes und es sollte darum die erste Forderung jedes Bevölkerungspolitikers sein, die sozialen Lebensbedingungen zu bessern. Der Kampf für den Sozialismus bedeutet die beste Lösung des Bevölkerungsproblems.

**Das Genossenschaftswesen an den Hochschulen.** An der im Jahre 1919 eröffneten Handelshochschule Nürnberg wird im kommenden (vierten) Sommersemester erstmalig eine zweistündige Vorlesung über „Genossenschaftswesen“ abgehalten werden. — An der Handelshochschule Berlin lesen im Sommersemester die Herren Seelmann über „Landwirtschaftliches Genossenschaftswesen“, Dr. Grüger über „Organisation der gewerblichen Genossenschaften“, „Organisation der Kreditgenossenschaften“, „Genossenschaftsgesetz“ (ferner veranstaltet Dr. Grüger seminaristische Übungen in Genossenschaftslehre) und Hildebrand über „Finanzierung eingetragener Genossenschaften“ (mit Besprechung einschlägiger Fragen aus der Betriebslehre). — Das Seminar für Genossenschaftswesen an der Handelshochschule Mannheim veranstaltete für die Monate Februar bis Mai dieses Jahres einen Vortragszyklus über „Genossenschaftswesen“. Die löbliche Absicht des Seminars, die Vorträge zu einer dauernden Einrichtung zu machen (etwa drei zusammenhängende Vorträge im Vierteljahr), wurde von den Hörern mit lebhaftester Zustimmung begrüßt. — An der Universität Köln liest im Sommersemester 1921 Herr Dr. Fuchs über „Genossenschaftswesen und Genossenschaftsrecht“. — Auch an den Volkshochschulen nehmen die Vorlesungen über Genossenschaftswesen einen immer breiteren Raum ein. So trug darüber an der Volkshochschule in Dessau Abgeordneter Heinrich Peus vor. Auf Anregung des Sekretariats des Allgemeinen Konsumvereins in Chemnitz hielt in der Chemnitzer Volkshochschule Herr Lehrer Niedel an acht Abenden von Januar bis März zusammenfassende Vorträge über das Genossenschaftswesen, und an der Volkshochschule in Hamburg liest ab 18. April der Chemiker der Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine, Herr Dr. Rohdich, über „Die menschliche Ernährung und die menschlichen Nahrungsmittel“.

**Zur Sozialisierung des Heilwesens.** Der Verein sozialistischer Ärzte hat eine programmatifche Erklärung über die Sozialisierung des Heil- und Gesundheitswesens aufgestellt. Er hält danach für nötig: 1. Das öffentliche Gesundheitswesen ist möglichst auszubauen und, besonders das Fürsorgewesen, über das ganze Land auszudehnen. 2. Auf dem Gebiete des Heilwesens ist das gesamte Versicherungswesen auf die ganze Bevölkerung auszudehnen und zu vereinheitlichen. Es ist dabei auf die Gemeinschaft (Staat, Kommune oder sonstige Selbstverwaltungskörper) zu übernehmen. Die Heilpersonen werden dabei zu Organen der Gemeinschaft und sind planmäßig nach dem Bedarf zu verteilen. 3. Die ganze Gesundheits- und Heilarbeit ist in immer umfassenderer Weise kollektiv zu gestalten durch weitere Ausbildung der Ambulatorien, Krankenhäuser, Fürsorgeanstalten usw. Das öffentliche Gesundheitswesen, besonders das Fürsorgewesen, ist in immer innigeren organischen Zusammenhang mit dem Heilwesen zu bringen.

**Landesgewerbeärzte.** Zum Landesgewerbearzt mit dem Sitz in Düsseldorf ist seitens der preussischen Regierung der bisherige Dozent an der Universität Wien, Dr. Ludw. Toldy, ernannt worden. Er wurde zugleich Leiter des Kuratoriums der Westdeutschen Sozialhygienischen Akademie mit der Leitung dieser Anstalt betraut. Dr. Toldy ist der erste Gewerbearzt, den Preußen aufstellt.

**Lohn und Tuberkulose.** Die Tuberkulosesterblichkeit hat seit der zweiten Hälfte des Jahres 1919 in Deutschland langsam wieder abgenommen, nachdem sie im Jahre 1918 den Höhepunkt erreicht hatte. Die Sterblichkeitsziffer wird erst wieder abnehmen, so schreibt hierzu Dr. Koellers in der „Deutschen medizinischen Wochenschrift“, wenn die Ernährungs- und Wohnungsverhältnisse der Bevölkerung erfahren haben sowie auch weiterem Ausbau der Armenfürsorge. Die Besserung der Ernährungs- und Wohn-

ungsverhältnisse hat aber ihre Voraussetzung in der gesunden Gestaltung der Lohnverhältnisse. Ohne die genügenden Löhne können die Ernährungsverhältnisse niemals gut sein. Und darum bestehen auch die engen Zusammenhänge zwischen Lohn und Tuberkulose. Es ist statistisch erwiesen, daß die Tuberkulosesterblichkeit um so größer ist, je geringer die Lohnklasse. Die Lohnbedingungen haben den größten Einfluß auf die Tuberkulose. Und darum ist es eine volksgesundheitliche Pflicht, die Löhne erst dann einmal herabzusetzen, nachdem die Lebensverhältnisse billiger geworden sind und nicht vorher.

**Die Beschränkung der Einwanderung nach den Vereinigten Staaten regelt, wie die „Soziale Praxis“ mitteilt, ein mit großer Mehrheit vom Kongreß angenommenes Gesetz. Danach sollen nur 30 Proz. der Einwanderungsziffer des Jahres 1910 zugelassen werden. Dadurch wird die Zahl der Einwanderer im Jahre auf 335 461 herabgesetzt. Deutschland kann also jetzt noch 75 000 Oesterreich-Ungarn 50 177 Einwanderer abgeben. Die alliierten Länder und England, letzteres mit 47 306 Auswanderern, bestreiten den Rest.**

**Der zweite Frauenkursus der Heimvolkshochschule in Schleswig.** Der zweite Kursus für Mädchen und Frauen beginnt am 15. August d. J. und ist auf vier Monate bis zum 15. Dezember berechnete. Ausnahme finden Mädchen und Frauen im Alter von 18—30 Jahren. Voraussetzung ist eine gute Volksschulbildung, denn mit der Verbesserung von Grundfertigkeiten: Lesen, Schreiben und Rechnen usw. kann sich der Unterricht in der Volkshochschule nicht befassen. Der Lehrplan umfaßt die Hauptgebiete: Entwicklung in Natur und Gesellschaft, Volkswirtschaft, Geographie, Völkerkunde, Verfassungswesen, Sprachkunde, Literatur- und Kunstgeschichte, Philosophie, Sozialismus, Gesundheitspflege, Erziehungslehre, Säuglingspflege. Außerdem finden belehrende Ausflüge in die Natur und Besichtigungen wichtiger Betriebe landwirtschaftlicher, gärtnerischer und industrieller Art statt.

Die Schülerinnen erhalten im Volkshochschulheim Kost und Wohnung. Der Beitrag zum Kostgeld beträgt monatlich 120 Mk. Bewerbungskarten mit einem selbstverfaßten kurzen Lebenslauf sind bis zum 1. Juni d. J. an die Schulleitung einzusenden. Es ist vor allem auch Sache der Frauenorganisationen in den Gewerkschaften, sich damit zu befassen, daß für die Beschickung der Schule geworben wird.

Eine sichere Grundlage zu einer gründlichen Kenntnis der wichtigsten Entwicklungsgesetze in der Natur und im Menschenleben ist für das heranwachsende weibliche Geschlecht von großer Bedeutung. In einer vier Monate dauernden Unterrichtszeit kann natürlich nur Allerwichtigstes gegeben werden; der große Gewinn für die Teilnehmerinnen wird aber der sein, daß sie neben einer Summe von Kenntnissen, die sie erwerben, erweckt, gefördert und angeregt werden zu weiterer Arbeit an sich selbst.

**Die Requisition beim Konsumverein.** Es war in den Tagen des kommunistischen Putsch im März. Die leistungsfähige Konsumgenossenschaft „Volkskraft“, Erfurt, erstreckt ihren Wirkungsbereich bis in das vom letzten Aufstand am lebhaftesten betroffene Gebiet. Von dorthier, aus Wiehe, mit folgendes ergötzliche Intermezzo berichtet: Eines Nachmittags scheint landfremdes Volk. Auf dem Marktplatz entwickelt sich ein regelrechtes Lagerleben. Der stattlich eingerichtete Laden der „Volkskraft“ wird stummer Zeuge von Auffahren von Bagagen, Autos und Maschinengewehren. Wachen kommen und treten. Alles stramm militärisch. (Was doch die gute Erziehung bewirkt!) Genau wie im Kriege wird requiriert, und „die Genossenschaft als solche“, so sagte einer dieser Marsjünger in der schimmernden Auflage, „ist besonders verpflichtet, Opfer zu bringen.“ So geschah es. Schals, Hosen, Schlafdecken, Stiefel und ganze ein Paar Hosenträger wurden von schwer bewaffneten Frontkämpfern in Empfang genommen. Alles Neben half nicht. Doch Ordnung liegt dem Deutschen in den Knochen. Folgendes Schriftstück wurde ausgehändigt:

#### Beschlagnahme.

Wir beschlagnahmen für unsere Truppen folgende Gegenstände (siehe oben).

Bezahlung erfolgt, wenn dieser Schein bei der zusehenden (soll heißen: einzusehenden) Materieverwaltung vorgelegt wird.

Der rote Volkzugstrat.  
J. A.: Koch.

So geschah unter dem Schutze des „Armees-Oberkommandos der roten Armee“ im Restaurant „Mülle“ zu Wiehe, am Ende des „Ambrosius“, im Jahre des Heils 1921. „Gruß ist die Theorie und grün des Lebens goldner Baum.“ In der Hoffnung, daß einstmal die „zusehende Materieverwaltung“ sich ihrer Pflichten uns gegenüber erinnert, verbuchen wir als gewissermaßen hafter Kaufmann 2635,25 Mk. auf „fonds perdu“. — Wir überzeugen, daß der Verbandsrevisor diese Buchungart als einzig zulässige ansehen wird.

## Versammlungsberichte.

**Anna.** Unsere Zahlstellenversammlung vom 27. April war ziemlich besucht. Zu Punkt 1 gab der Kassierer einen ausführlichen Bericht über Einnahmen und Ausgaben vom 1. Quartal und wurde hierauf entlassen. Zu Punkt 2 gab Kollege Ulrich einen leichtverständlichen Kartellbericht, wovon am bemerkenswertesten die Erhöhung der Kartellbeiträge ist. Diese sollen pro Quartal und Mitglied von 80 Pf. auf 2 Mk. erhöht werden; doch wird dies nochmals zurückgestellt zwecks weiterer Erhebungen über die Notwendigkeit der Erhöhung. Zu Punkt 3 erfolgten einige Anfragen, die vom Betriebsratsvorsitzenden erledigt wurden. Bei Punkt 4 setzte eine lebhafteste Debatte ein über die Bezahlung der kirchlichen Wochenfeiertage. Es wurde scharf kritisiert, daß diese Angelegenheit immer noch nicht vom Reich geregelt ist, obwohl sich der Thüringer Landtag für Bezahlung erklärt hat und derselbe, da die Sache vom Reich geregelt werden muß, diese Angelegenheit der Reichsregierung weitergeben hat. Es wurde beschlossen, folgende Resolution zu veröffentlichen und den Hauptvorstand aufzufordern, energische Schritte zu unternehmen, um endlich unser Ziel zu erreichen.

### Resolution:

Die heutige Zahlstellenversammlung nimmt mit Entrüstung zur Kenntnis, daß die Bezahlung der kirchlichen Wochenfeiertage noch immer nicht geregelt ist. Sie fordert den Hauptvorstand auf, endlich einmal ernsthafte Schritte in Gemeinschaft aller Gewerkschaftsvorstände und des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu unternehmen. Der Reichsregierung ist klar zu machen, daß die Arbeiterschaft diese Angelegenheit endlich geregelt wissen will; andernfalls soll der Hauptvorstand bei den nächsten Verhandlungen ernstlich dafür sorgen, daß die Bezahlung der Wochenfeiertage für die Porzellanarbeiter tariflich geregelt wird. Wir fordern sämtliche Zahlstellen auf, zu dieser Resolution Stellung zu nehmen.

**Schweidlich.** Die Versammlung vom 30. April war gut besucht. Der Kartellbericht enthielt wichtige Mitteilungen, so insbesondere über die Kaiser, Gründung einer Baugenossenschaft zwecks Beschaffung möglicher Wohnungen. Ferner wurden alle Verbandsmitglieder ermahnt, an den Tarifverträgen festzuhalten. Ein Bericht von der Betriebsräte-Konferenz in Waldenburg vom 24. April brachte manche interessante Einzelheiten darüber, daß den Betriebsräten die Erfüllung ihrer Aufgaben nicht immer leicht gemacht wird. Ein Betriebsratsmitglied-Angestellter schilderte, wie in seinem Betriebe Arbeiter und Angestellte durchaus harmonisch zusammen arbeiten und der Betrieb dabei nur gewinne. In diesem Betriebe sind auch alle Angestellten Mitglieder unseres Verbandes. Bei dieser Gelegenheit kam das Verhalten eines Angestellten unseres Betriebes zur Sprache. Dieser, ein Modelleur, blies vor der Revolution in daselbe Horn wie die Firmeninhaber. Als 1919 unser Verband hier Wurzel faßte, war derselbe Herr sofort Mitglied, und zwar noch ein sehr radikales. Die Ermordung konnte diesen Radikalismus nicht immer mitmachen. Seit Januar 1921 ist er wieder ausgeschieden aus dem Verband und wieder auf die Unternehmerseite gefallen. Dabei ist er aber Mitglied des Werkzeuerverbandes geworden, schimpft aber heftig auf die Arbeiter und deren Organisation. Die Arbeiter sind darüber empört und faßten folgende Entschliessung: „Die heutige Versammlung protestiert energisch gegen das Verhalten des Herrn Kieweg und dessen deplazierte Bemerkungen über unseren Verband. Im Wiederholungsfalle behält sich die Arbeiterschaft weiteres vor.“

## Aus Thüringen.

Am 28. April fand in Weimar, unter dem Vorsitz des Staatsministers Fröhlich vom Thüringischen Wirtschaftsministerium, unter Hinzuziehung der Vertreter der Gewerkschaften, dem Vorsitzenden Thüringischer Arbeitsnachweise und der Kommissionsmitglieder des Thüringer Landtages, eine Sitzung mit der Tagesordnung „Einstellungszwang Erwerbsloser“ statt. Unterzeichneter nahm in Vertretung der Gauleitung unseres Verbandes teil.

Der Verband Thüringischer Industrieller hatte trotz Einladung die Teilnahme an der Sitzung abgelehnt. Aus den Ausführungen des Staatsministers Fröhlich war zu entnehmen, daß nach den letzten Zählungen in Thüringen ungefähr 10 000 unterstützungsberechtigte Erwerbslose und 5000 Kurzarbeiter vorhanden sind. Die Mittel, die vom Reich den Ländern zur Verfügung gestellt sind, reichen bei weitem nicht aus, die Not der Erwerbslosen zu lindern.

Die erneuten Anträge der Erwerbslosen auf einmalige Beihilfe wurden, weil die Länder keine Mittel zur Verfügung haben, abgelehnt werden. Weiter bemängelt Minister Fröhlich, daß von dem von der Thüringischen Regierung den Gemeinden zur Ausführung von Notstandsarbeiten bereitgestellten 50 000 000-Fonds wenig Gebrauch gemacht wird.

Die Erwerbslosigkeit in Thüringen steht mit dem Durchschnitt von über dem Reichsdurchschnitt (15) auf 1000 der Bevölkerung.

Das Wirtschaftsministerium sucht nun nach Möglichkeit größere Entlassungen, Stilllegung von Betrieben zu unterbinden, auf der anderen Seite die Erwerbslosen dem Produktionsprozeß wieder zuzuführen.

Von Seiten der Vertreter der Gewerkschaften wurde erneut auf die Gefahren der Arbeitslosigkeit hingewiesen, die speziell durch das Stocken der Exportindustrie ständig noch zunimmt, was in der Porzellan- und Glasbranche zu verzeichnen ist.

Weitere Anregungen, bei Ausführungen größerer Projekte, muß sehr auf die Behörden eingewirkt werden, damit sie rascher in Angriff genommen werden. An Stelle ausländischer Arbeiter in der Landwirtschaft müssen deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen eingestellt werden. Es darf nicht vorkommen, daß erwerbslose Landarbeiter Unterstützung beziehen.

Überschreitungen des Achtstundentages müssen, sobald sie den Behörden zur Kenntnis gelangen, sofort abgestellt werden. Der Einstellungszwang muß reichsrechtlich geregelt werden.

Die Sitzung hat gezeigt, daß auf Seiten des Thüringischen Wirtschaftsministeriums der gute Wille vorhanden ist; aber solange sich das

Unternehmertum nicht zur Lösung derartig schwieriger Fragen an den Verhandlungstisch setzt, ist auf gutlichem Wege nichts zu regeln, da kann uns nur der reichsgesetzliche Einstellungsdruck helfen. Aber trotzdem muß doch mit allen Mitteln versucht werden, einer noch größeren Arbeitslosigkeit vorzubeugen; und daran mitzuhelfen, soll und muß Aufgabe der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft sein.

Max Brehme.

## Literarisches.

Das Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes gibt nach 7½ jähriger Pause wieder seine Literatur-Beilage unter dem Titel „Bibliothek- und Literatur-Beilage“ heraus. Im Einführungsartikel wird auf das starke Anwachsen der Gewerkschaften und auf die Notwendigkeit der gezielten Durchbildung der Millionen neuer Mitglieder sowie auf den erweiterten Aufgabenkreis der Gewerkschaftsbewegung hingewiesen. Das Bibliothekwesen müsse der Mittelpunkt aller gewerkschaftlichen Bildungsbestrebungen werden und ein tüchtiger Nachwuchs von Gewerkschaftsbibliothekaren sei heranzuziehen. Die neue, allmonatlich erscheinende Beilage soll der Organisation des Bibliothekwesens, der Einführung in die verschiedenen Literaturgebiete, der Besprechung von einzelnen Neuerscheinungen und der Anzeige neuerscheinender Schriften gewidmet sein. Die Redaktion hat sich die Mitarbeit tüchtiger Fachleute gesichert. Die erste, am 23. April erschienene Nummer zeichnet sich durch einen gebiengen Inhalt aus.

Erscheint im Verlag von J. G. W. Dietz Nachf., G. m. b. H. in Stuttgart, erschienen: **Gewerkschaftliche Probleme.** Beiträge zu den neuen Aufgaben der Gewerkschaften von Karl Zwigg. Preis 5 Mk.

Inhaltsverzeichnis: Vorwort. I. Die neue Sachlage durch die Revolution. II. Gewerkschaften und Räte-Idee. 1. Vom Wesen und Inhalt der Räte-Idee. 2. Die Aufgaben der Betriebsräte. 3. Das Produktionsproblem. 4. Methodik und Bildungsfrage. 5. Wirtschaftsdemokratie — Wirtschaftsbürger — Staatsbürger. 6. Idee und Wirklichkeit. III. Die Arbeitsgemeinschaften. 1. Vom Tarifvertrag der Arbeitsgemeinschaft. 2. Entwicklung der Arbeitsgemeinschaften. 3. Die Arbeitsgemeinschaft als gewerkschaftliches Problem. IV. Fragen der Organisationsform. 1. Die freien Gewerkschaften. 2. Der Syndikalismus. 3. Der Gilbensezialismus. V. Gewerkschaften und Politik. 1. Die Überwindung des Parlamentarismus. 2. Politischer und wirtschaftlicher Parlamentarismus. VI. Das Lohnproblem. 1. Notwendigkeit der Reform des Lohnsystems. 2. Die Beweglichkeit der Lohnsätze. 3. Feststellung des Existenzminimums. 4. Die Vorteile des neuen Systems: a) Vom Standpunkt der Volkswirtschaft. b) Vom Standpunkt der Gewerkschaften. VII. Der deutsche Arbeitertyp der Zukunft. Anhang.

Die vorliegende Arbeit steckt sich das Ziel, in kurzen Worten die wichtigsten der heute die Gewerkschaften bewegenden Probleme zu behandeln.

Das große Zentralproblem aller modernen Gewerkschaftsarbeit ist das Produktionsproblem in Verbindung mit der Kultivierung und Entwicklung der Räte-Idee. Daneben nehmen aber — und stehen damit in innigem Zusammenhang — das Lohnproblem, die Fragen der Organisationsform, der Zusammenarbeit mit dem Unternehmertum und deren Organisationen, ob wirtschaftlicher oder politischer Parlamentarismus, eine bedeutende und zum Teil noch sehr ungeklärte Stellung im gewerkschaftlichen Fragenkomplex ein. Im Schlußkapitel wird der Versuch unternommen, den Qualitätsmenschen der Zukunft zu zeichnen, den die Gewerkschaftsbewegung schaffen muß, um das große Ziel: die kapitalistische Wirtschaft in die sozialistische überzuführen, zu erreichen.

## Aufruf.

Unser Kollege Bruno Kuchera, Dreher, liegt seit Jahresfrist an einem Lungenscheiden danieder. Die dankenswerterweise von der Firma gewährte Unterstützung, sowie die Unterstützung der Zahlstelle reicht nicht aus, um der Not zu steuern.

Wir bitten deshalb die Zahlstellen um eine Unterstützung, worüber in der „Ameise“ quittiert wird.

Gelder sind zu senden an den Kassierer Leopold Mader, Hornberg (Schwarzwald), Tribergerstr. 212.

Die Verwaltung. J. A.: Joh. Wäldle.

## Sterbetafel.

**Althaldensleben.** Hermine Schulze, Fertigmacherin, geboren am 25. Mai 1874, gestorben am 8. Mai an Lungenentzündung. Mitglied seit 1919.

**Königszell.** Marta Neugebauer, geboren am 13. September 1902, gestorben am 27. April an Blinddarmentzündung. Mitglied seit 1919.

**Kronach.** Josefina Bernschneider, geboren am 3. November 1904, gestorben am 2. Mai an Rippenfellentzündung. Mitglied seit 1920.

**Müggeburg.** Marie Wolf, geboren am 16. Dezember 1883 in Hohenmarsleben, gestorben am 8. Mai an Schlaganfall. Mitglied seit 1920.

**Schmieberg im Riesengebirge.** Anna Troppmeier, geboren am 1. November 1868, gestorben am 23. April an ... Mitglied seit 1919.

**Waldenburg.** Heinrich Gründler, Portier, geboren am 1. Oktober 1857 zu Reischicht, Kreis Haynau, gestorben am 29. April an Nerven- und Rehlkopfskatarrh. Mitglied seit 1920.

Ehre ihrem Andenken!

## Quittung

Über eingesandte Gelder in der Zeit vom 1. 1. 1921 bis 31. 3. 1921.

Altenkundstadt 378,35; Althaldensleben 27 000,—; Amberg 1316,05; Annaburg 7000,—; Arnstadt 1000,—; Arzberg 24 667,48; Auma 7000,—; Bayreuth 4000,—; Berlin 19 000,—; Blankenhain 5200,—; Bonn 21 000,—; Brambach 1103,25; Brattendorf 6000,—; Breslau 8000,—; Burgau 1950,—; Cassel 400,—; Chemnitz 170,—; Coburg 15 500; Colditz 25 200; Cöln a. Rh. 2000,—; Dresden 50 000,—; Duisdorf 3000,—; Eisenberg 10 000,—; Elmsborn 5000,—; Elsterwerda 5000,—; Farge 2700,—; Flörsheim a. M. 4000,—; Frankfurt a. Oder 7000,—; Fraureuth 11 000,—; Freiberg 15 000,—; Freienort 1500,—; Fürstenberg a. W. 5200,—; Geringswalde 700,—; Gerswenda 2500,—; Goldlauter 1000,—; Gotha 4000,—; Gräfenhain 3000,—; Greußen 240,25; Grünhain 900,—; Grünstadt 2875,90; Hausen 600,—; Hennigsdorf 4600,—; Hermsdorf 13 000,—; Hirschau 1500,—; Hochstadt 2802,40; Hohenberg 5050,—; Hornberg 4348,83; Ilmenau 30 000,—; Jerha 3800,—; Kahla 30 050,—; Kahle 2111,44; Kloster Beilich 14 000,—; Königszell 22 000,—; Könitz 1836,50; Köppelsdorf 40 000,—; Kronach 15 000,—; Krummenaas 2274,19; Laasdorf 550,—; Lauf 500,—; Lettitz 2500,—; Liegnitz 525,35; Limbach 6956,75; Mäbendorf 1583,—; Magdeburg 14 000,—; Mannheim 2700,—; Margarethenhütte 11 000,—; Marktredwitz 3000,—; Marktredwitz 13 500,—; Mengersgereuth 300,—; Meuselbach 1000,—; Meuselwitz 3800,—; Mitterteich 3000,—; Moschendorf 4000,—; München 3500,—; Mütschen 1784,36; Neubaldensleben 22 000,—; Nürnberg 357,70; Oberkotzau 5000,—; Oelsnitz 59,10; Offenburg 150,—; Ohrdruf 4000,—; Cos 216,50; Oschatz 800,—; Osterode 3500,—; Passau 1000,—; Plankenhain 2400,—; Plaue 3300,—; Pöfnick 1700,—; Pöschappel 4200,—; Preßig 2465,—; Ratingen 2000,—; Rauenstein 8600,—; Regensburg 95,—; Rehau 8000,—; Reichenbach 2988,—; Rheinbach 800,—; Rheinsberg 50,—; Rodach 8020,02; Roschütz 1800,—; Rösau 3500,—; Rosslau 3300,—; Rudolstadt 5500,—; Schauberg 1000,—; Scheibitz 2493,35; Schirnding 5100,—; Schlierbach 6800,—; Schmiedeberg 32 000,—; Schney 2000,—; Schönwald 18 000,—; Schorndorf 1400,—; Schramberg 2500,—; Schwarzenbach 6600,—; Schweidnitz 1637,24; Selb 105 000,—; Selb-Plößberg 5000,—; Sitzendorf 1600,—; Sophienau 7000,—; Sorau 3000,—; Spandau 3200,—; Stadtlangfeld 6007,80; Staffel 8272,69; Stanowitz 7000,—; Steinbach 907,96; Steinwiesen 1100,—; Suhl 6000,—; Teltow 6000,—; Tettau 7000,—; Tiefenfurt 8000,—; Tillowitz 5500,—; Tirschenreuth 7500,—; Triptis 4686,90; Unterköditz 400,—; Unterweißbach 4755,10; Veltzu 3500,—; Waldenburg 58 500,—; Walderhof 2500,—; Waldsassen 12 000,—; Wallhausen 2200,—; Weiden 25 500,—; Weißwasser 2700,—; Wesel 1400,—; Windisch-Eschenbach 2334,50; Wittenberg 4000,—; Wunsiedel 2800,—; Zell 2900,—; Zwickau 5500,—; Böhme-Eisenberg 260,—; Bredow-Marktredwitz 71,—; Finsterer-Ropenhagen 40,—; Forkel & Co., Stuttgart, 72,—; Geitner-Eisenberg 12,—; Griesbach-Dresden 11,—; Hoffmann-Ilmenau 3,40; Gradl-Berlin 4,—; Kleye-Weißwasser 312,—; Köhler-Dresden 204,—; Langhammer-Wilkau 65,—; Pöhlein-Langenthal (Schweiz) 20,—; Materne-Schönwald 50,—; Michelsjohn-Berlin 76,—; Müller-Teitow 76,70; Peter-Frauenau 30,—; Petermann-Hermendorf 57,—; Postabonnenten 1314,—; Richter-Dreibunken (Böhmen) 10,—; Sack-Schwarzenbach 84,—; Seifert-Zwickau 100,—; Mk. Zusammen 1 065 33,06 Mk. Wilh. Herden.

## Dresden und Umgegend.

Am 2. Mai wurde beim Zentralarbeitsnachweis der Kreishauptmannschaft unter dem Namen „Zusammenarbeit für die feinkeramische Industrie“ eine Arbeitsvermittlungsstelle auf paritätischer Grundlage errichtet. Der Zusammenarbeitsnachweis ist zuständig für sämtliche Branchen der Porzellan-, Steingut-, Majolika-, Fayence- und Terrakottaindustrie, für die Emailleindustrie, für die Glas- und Brandmaler.

Die Unternehmer sind durch die Geschäftsordnung gehalten, bei Bedarf von Arbeitern den Nachweis zu benutzen. Von unseren Kollegen darf keiner ohne Benutzung des Nachweises eine Arbeitsstelle annehmen. Die Geschäftsräume befinden sich Marienstr. 17, Halle 4, Eingang 20, Zimmer 7-10. Die Vermittlung findet Montags, Mittwochs und Freitags von 8-12 Uhr statt. Durch Fernsprecher ist die Vermittlungsstelle unter der Nummer 25 881 zu erreichen. Die Verwaltung.

## Berichtungs-Anzeigen.

**Berlin.** Schildmaler: Vertrauensleute Freitag, den 20. Mai, 6 Uhr, bei Bollschläger, Adalbertstr. 21.  
**Bonn.** Sonnabend, den 21. Mai, abends 8 Uhr, „Phönixhalle“, Kölnstr. 17.  
**Gräfenhain.** Sonnabend, den 28. Mai, im „Gasthof zum Steiger“.  
**Magdeburg.** Donnerstag, den 2. Juni, abends pünktlich 7<sup>1/2</sup> Uhr, im „Wintergarten“, Friedrichsplatz. Weil ein sehr lehrreicher Vortrag angelehrt ist, wird das Erscheinen jedes Mitgliedes erwartet.  
**Neubaldensleben.** Sonnabend, 21. Mai, abends 8 Uhr, in „Herzogs Festhale“.

## Aufruf.

Unsere Mitglieder August Schneider, Brenner, Richard Reinhardt, Formar, beide in Ilmenau, Karl Käminer, Maler in Großbreitenbach, sind seit Jahren krank und Invaliden. Unsere Zahlstelle hat diese schon wiederholt unterstützt. Es geben aber außer den Genannten noch mehr unterdrückte Kollegen in unserer Zahlstelle, so daß unsere Mittel allein nicht ausreichen das Not zu steuern. Wir bitten deshalb die Zahlstellen, durch den Weg von Mitteln diesen Kollegen zu helfen. Unterstützung erfolgt in der „Anzeige“.

Selbst sind zu schreiben an den Geschäftsführer Max Rehme, Ilmenau in Thüringen, Zwickau, 2. Die Verwaltung. J. H. M. Rehme.

## Gruppe Meinen. Zahlstelle Dresden

Sonnabend, den 4. Juni 1921, abends 7<sup>1/2</sup> Uhr

## Tanzabend in der „Gipfelburg“.

Zu neuen Kolleginnen und Kollegen werden mit ihren Angehörigen hierzu herzlich eingeladen. Ausweis Mitgliedsbuch.  
Die Verwaltung. J. H. Schröder.

## Adressen-Veränderungen.

Auma. Schriftführer: Ewald Jäckel, Chamottearbeiter, Obere Gasse 7!  
Mainaleus a. Main b. Kalmbach, Oberfranken. Vorsitzender: Hans Wölfel, Dreher, Schriftführer: Christian Feuerlein, Dandorf Nr. 5; Kassierer: Andreas Schneider, Schwarzach Nr. 50; Revisoren: Margarethe Friedlein, Siegelhütte 22, Peter Becker, Seidenhof Nr. 20.

## Arbeitsmarkt.

Offertbriefe, denen kein frankiertes Kuvert beiliegt, werden nicht weiter befördert.

### Für Flüchtling!

Porzellan- und Steingutdecker, 89 Jahre, verheiratet, Zeugnisse über 17 Jahre, sucht in zirka 6 Wochen Arbeit und Wohnung.  
Hauptstelle für Arbeitsnachweis Frankfurt a. d. O.

Jüngerer Schalendreher für saubere Arbeit gesucht.  
Akt.-Ges. Porzellanfabrik Rudolstadt  
Rudolstadt.

Tüchtiger Blumenspritzer zum sofortigen Eintritt gesucht.  
Angebote an Fa. Carl Suhold, Stanz- u. Emaillewerk, Erfurt-N.

Tüchtiger Formengießer, der auch einrichten kann, findet sofort dauernde und gutbezahlte Stellung.

Tonwarenfabrik Schwandorf, N.-O.  
Abteilung Steingutfabrik Schwarzenfeld.  
Schwarzenfeld, Oberpfalz.

Einige tüchtige Tellerdreher stellt ein  
Steingutfabriken Velten-Bordamm, G. m. b. H., Velten i. d. Mark.

Ein tüchtiger, gewandter Schriftensmaler für Glas und Porzellangefäße für Apotheken sofort gesucht.  
Angebote an Jahnke & Kunkel, Köln, Sionstal 29/31.

Tüchtiger Retoucheur, erste Kraft, sucht Stellung, event. auch als Figurist. Gesl. Angebote an die Redaktion der „Ameise“ unter „Retoucheur“ erbeten.

Je einen tüchtigen Schalen- und Tellerdreher stellen sofort für dauernd ein  
Reichenberger Porzellanfabrik C. & E. Carstens, Reichenbach (S.-A.).

## Geschäfts-Anzeigen.

Alles staunt über die hohen Preise, die ich für Goldabfälle, wie Nische, Schmiere, Lappen, Pinsel, Flaschen zahle.  
Zahle für leere Glanzgoldflaschen mit Stöpsel, 10 Gr., 20-30 Pf.  
je nach Inhalt. — Poliergoldflaschen 10 " 25-50 "  
je nach Inhalt. — Darum schickt "alles" zu

A. Langhammer, Wilkau b. Zwickau, Sa.

## Gmil Böhme & Eisenberg S.-A.

Einkaufsgeschäft für Glanzgold, Goldschmiere u. alle goldhaltigen Sachen.  
Bestes Geschäft dieser Art. Reelle u. pünktliche Bedienung.  
Man verlange Prospekte.

Goldhaltige Schmiere — Lappen — Nische — Pinsel — Flaschen —  
Malrückenstände usw. zum Einschmelzen kauft

M. Köhler, Dresden-N., Gerichtstr. 8, II.  
Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

Die billigen Schuhe für Fabrikarbeiter sind Sittenschuhe —  
Segeltuchoberteil, Lederohle u. Zwickel. — Recht vorteilhaft kaufen  
Sie außerdem warme Schuhe u. Pantoffel f. d. Straße u. Haus, Turn-  
schuhe. Sämtl. Lederwaren in nur guten Qualität, billigst. Vert.  
Sie illust. Preisliste gratis. Bei Sammelaufträgen entspr. Rabatt.  
A. Kleye, Schuhversand u. Pantoffelfabrik, Weißwasser (D.-L.).

Sämtliche Pinsel für Porzellanmaler und Dreherei, sowie  
Drehereimeßer, Hornspachteln, Holzspachteln für Druckerei, u. Pinsel-  
stiele liefert  
Paul Materne, Schönwald in Oberfranken.

## Stauend billig

kaufen Sie Ihre Segeltuch-Spangenschuhe, Turnschuhe und Pantoffeln in  
allen Größen bei Konrad Bügler, Schuhversand, Zirsdorf b. Järfth i. Bay.

## Der schlechte Markkurs und der Mangel an Levantiner und Zymocasschwämmen bedingt sofortigen Einkauf!

Offerierte hierdurch für Dreher große naturliche prima Zymocasschwämme  
das Stück zu 25, 32, 35, 40, 50 Mk.; Levantiner G. Furschwämme das Stück  
11 und 20 Mk.; feine weiche prima Reesschwämme, Form, das Kilo, 100  
bis 125 Stück enthaltend, 700 Mk.; für Brennerei und Druckerei mittlere,  
gedrehte flache Schwämme, das Kilo, 90 Stück enthaltend, 225 Mk.;  
große gepresste prima Hardheadschwämme, das Kilo, 40 Stück enthaltend,  
225 Mk.; echt griechische Pferdeschwämme, kleine, das Stück 5 Mk., große  
20 Mk., für Steingut- und Tonwarenfabriken. Versand nur in geschlossenen  
kleineren und größeren Posten. H. Michelsjohn, Schwammgroßhandlung,  
Berlin C. 25, Prenzlauerstr. 42.

Herausg. v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen.  
Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.  
Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.  
Druck von C. Janiszewski, Berlin SO., Elisabeth-Ufer 28/29.